

in erster Linie um militärtechnische Fragen, sondern um politische und ideologische Auseinandersetzungen. Es ist auch der Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen. Unsere Verantwortung gebietet, alles zu tun, damit es den imperialistischen Abenteurern nicht gelingt, die Völker in eine militärische Auseinandersetzung zu hetzen.

Wir entlarven die Absichten der Imperialisten, über ein forciertes Wettrüsten militärische Vorteile zu erreichen, um darauf gestützt politische Erpressung und militärische Gewaltanwendung zu betreiben. Gleichzeitig durchkreuzen wir ihre Hoffnung, über das Wettrüsten den bisherigen Verlauf der Entspannung abzublocken und den sozialistischen Staaten solche Lasten aufzubürden, die sie zu Abstrichen an ihrem bewährten wirtschaftspolitischen Kurs zwingen sollen.

Unsere grundsätzliche Position ist gut bekannt. Seit der jüngsten umfassenden Friedensinitiative der UdSSR, verkündet vom Generalsekretär der KPdSU, L. I. Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, haben wir in Wort und Tat immer wieder verdeutlicht:

1. Unsere sozialistische Gemeinschaft ist gegen jede Rüstungseskalation.

Jedes neue Waffensystem, wie zum Beispiel die Pershing II oder die „Cruise Missile“, die von den USA in Westeuropa zur Stationierung vorgesehen sind, eskaliert das Wettrüsten. Man kann sich unschwer vorstellen, daß gegen solche neuen Waffen Abwehrmittel geschaffen und installiert werden müssen. Eindeutig steht fest: Wer neue Waffensysteme einführt, dreht an der Rüstungspirale. Die Initiatoren sind die Rüstungsmonopole, die Vertreter des Militär-Industrie-Komplexes, vor allem in den USA und in der BRD. Das Wettrüsten ist zwar nicht die Ursache der Kriegsgefahr — die liegt nicht in der Technik, sondern ist systembedingt und wurzelt in der Ausbeuterordnung —, doch ohne Zweifel erhöht das Wettrüsten die Kriegsgefahr.

2. Die sozialistische Staatengemeinschaft ist für die Weiterführung der Entspannung und Abrüstung.

Wir haben dazu immer wieder konkrete Vorschläge und Maßnahmen angeboten und sogar einseitig durchgeführt. Die Zuspitzung, die jetzt erfolgt, geht wieder von NATO-Beschlüssen aus. Es ist widersinnig, zum Beispiel in Wien über die Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zu verhandeln und gleichzeitig neue atomare Trägermittel in Westeuropa zu stationieren. Die NATO-Devise, „erst rüsten, dann verhandeln“, ist abenteuerlich und kann nicht zu vernünftigen Lösungen führen.

Wir übersehen nicht, daß mit den jüngsten NATO-Beschlüssen eine Kampagne der psychologischen Kriegführung einhergeht. Die Dem-



„Wir sind ja auch für Verhandlungen. Aber lassen Sie uns doch erst mal Platz nehmen.“

Zeichnung: P. Müller (LR)

agogie von angeblicher „Nachrüstung“, die Welle der Lügen über eine Bedrohung aus dem Osten, bis hin zu Theorien, der Krieg sei wieder möglich oder Kriegführen sei unter der Schwelle der großen strategischen Nuklearwaffen nicht so gefährlich, sind darauf angelegt, Kriegsbereitschaft und zeitweilig sogar Kriegshysterie zu erzeugen.

Demgegenüber demonstriert unter anderem der inzwischen begonnene Abzug sowjetischer Soldaten und Panzer vom Boden der DDR den festen Willen und die Tat zur Abrüstung. Die sozialistische Friedenspolitik basiert auf dem festen Fundament marxistisch-leninistischer Weltanschauung und stützt sich auf das unerschütterliche Vertrauen in unsere Kraft. Gemeinsam mit den Bruderparteien wird die SED dazu beitragen, die Organisation des Warschauer Vertrages als Hauptfeld der Koordinierung der Sicherheits- und Militärpolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu stärken und auszubauen.

Der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Armeen des Warschauer Vertrages, getragen von der moralischen Stärke ihrer Völker und dem ökonomischen Potential ihrer Länder, ist der Frieden in der Welt zu danken.

Es entspricht dem friedenserhaltenden Charakter der sozialistischen Streitkräfte und ihrem politischen und militärischen Auftrag, daß sie niemanden bedrohen. Ihre klare Aufgabe besteht darin, den Feinden des Sozialismus Zügel anzulegen, sie rechtzeitig daran zu hindern, ihre aggressiven Absichten durchzusetzen und im Falle einer imperialistischen Aggression jeden